

Eupen, 1. August 2024

Zur Kenntnis der Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Sehr geehrte Minister und sehr geehrte Ministerin,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der deutschsprachigen Jugend ist das Sprachrohr der ostbelgischen Jugendlichen. Er setzt sich dafür ein, die Stimme der Jugend in höheren politischen Ebenen zu vertreten und sorgt dafür, dass die Jugendperspektive bei der Ausarbeitung von konkreten politischen Maßnahmen nie aus den Augen verloren wird.

Der RDJ wird von einem Verwaltungsrat geleitet, der aktuell aus sechs engagierten Freiwilligen besteht und von zwei hauptamtlichen Koordinatorinnen unterstützt wird. Der Verwaltungsrat funktioniert in Mandaten, welche über zwei Jahre hinweg laufen. Aktuell befindet sich der RDJ in seinem 17. Mandat und hat für dieses gemeinsam mit der Generalversammlung folgende Themenschwerpunkte festgelegt: politische Bildung, (mentale) Gesundheit, Jugendorganisationen und Nachhaltigkeit als roter Faden in allen Arbeitsgruppen.

Anlässlich der Wahlen vom 9. Juni 2024 und der dadurch veränderten politischen Situation möchte der RDJ die neue Regierung ausdrücklich dazu aufrufen, die positive Zusammenarbeit mit dem RDJ weiterhin fortzuführen und die Jugend Ostbelgiens auch in Zukunft angemessen zu berücksichtigen. Es stehen große Herausforderungen an, die nicht nur die erwachsene Gesellschaft betreffen, sondern auch und vielleicht sogar vor allem die Jugend: der Klimawandel, die politische Bildung und die Erneuerung des Bildungssystems, der Rechtsdruck und die sich ständig verändernde Medienlandschaft.

Der RDJ möchte im Sinne aller Jugendlichen darauf aufmerksam machen, dass es höchste Zeit ist, gerechte Politik zu machen, die der Jugend von heute und der der Zukunft ein erfolgreiches und würdevolles Leben ermöglicht. Dabei setzt der RDJ folgende Handlungsempfehlungen auf:

- Die neue Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sollte sich der Idee eines „Jugendchecks“ (Youth Test) weiterhin annehmen und politische Entscheidungen dahingehend überprüfen, wie sie sich auf die heutige Jugend auswirken, so wie es zum Beispiel in Flandern bereits der Fall ist. Der RDJ begrüßt es, dass die Einführung eines Jugendchecks in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Bestandteil des im REK III enthaltenen Projekts „Jugend 2025+“ ist und hofft, dass eine praktische Umsetzung möglichst zeitnah erfolgt.
- Die neue Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sollte sich dafür einsetzen, politische Bildung in den Schulalltag einzuführen und dies nicht fächerübergreifend, sondern als alleinstehendes Fach in den Sekundarschulen. Schon seit 2005 stellt der RDJ diese Forderung und deren Umsetzung ist angesichts des heutigen Rechtsdrucks mehr als nötig.

- Die neue Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sollte sich dafür einsetzen, Vereine und Jugendorganisationen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten, besser zu fördern. Das Ehrenamt genießt in Ostbelgien einen hohen Stellenwert und ohne das Ehrenamt wären viele Vereine und Jugendorganisationen nicht überlebensfähig. Die Vereinslandschaft und Vielfalt an Jugendorganisationen verleihen der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein hohes Ansehen und daher sollte sie genau diese Vereine und Jugendorganisationen durch adäquate Infrastruktur und finanzielle Förderungsmaßnahmen unterstützen. Dadurch würde die Deutschsprachige Gemeinschaft auch zeigen, dass sie die Wichtigkeit und den Wert der Jugendorganisationen für die Gesellschaft erkennt und wertschätzt. Es sollte nicht vergessen werden, dass Jugendorganisationen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung junger Menschen leisten, wenn man beispielsweise an Werte wie bürgerschaftliches Engagement und sozialen Zusammenhalt oder an die Entwicklung von Charaktereigenschaften wie Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewusstsein denkt.
- Die neue Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft sollte dem Thema mentale Gesundheit besondere Aufmerksamkeit schenken. Eine sich ständig verändernde Welt und einhergehende psychische Belastungen stellen Hürden für Jugendliche dar, die ohne Unterstützung den Anschluss verlieren. Die Vorurteile über das Thema mentale Gesundheit müssen themenübergreifend abgebaut werden, um die Ausarbeitung effizienter Maßnahmen zur Hilfestellung junger Ostbelgier zu ermöglichen.

Der RDJ erinnert zudem daran, dass er als Beratungsorgan in jugendrelevanten Themen jederzeit zur Verfügung steht. Es wäre wünschenswert, politische Maßnahmen und Überlegungen, soweit sie die ostbelgische Jugend betreffen, durch ein Gutachten des RDJ überprüfen zu lassen. Diese Möglichkeit ist explizit in Artikel 47 des Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit vorgesehen und es wäre bedauerlich, diese Möglichkeit der Partizipation unbeachtet zu lassen. Ohnehin behält der RDJ sich ausdrücklich das ebenfalls in Artikel 47 des oben genannten Dekrets beinhaltete Recht vor, Gutachten zu jugendrelevanten Themen abzugeben, selbst wenn solche nicht vonseiten der Regierung angefragt worden sind.

Der RDJ bedankt sich für die Aufmerksamkeit, wünscht der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen erfolgreichen Start in die Legislaturperiode und freut sich auf die zukünftige konstruktive Zusammenarbeit.

Der Verwaltungsrat

i. A. Lana Bongartz



RAT DER DEUTSCHSPRACHIGEN JUGEND

